

blick nach rechts

A 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 15. Jahrgang Nr. 1 14. Januar 1998

➔ **Rechter Ostlandritter** Seite 4

Der Kieler Verleger Dietmar Munier ist seit Beginn der 90er eifrig um die Re-Germanisierung des ehemaligen Nord-Ostpreußens bemüht. Bei den von seinen zahlreichen Vereinen angekündigten Bauprojekten soll es sich jedoch häufig um Luftschlösser handeln.

➔ **Skinhead-Randale in Magdeburg** Seite 6

Die sachsen-anhaltinische Hauptstadt weist – trotz großzügig bereitgestellter Sozialprogramme für rechte Jugendliche – eine Schreckensbilanz an brutalen rechtsextremen Gewalttaten auf. Experten schätzen die Gewaltbereitschaft bei jungen Rechten im Osten um dreimal höher ein als bei den Gleichaltrigen im Westen.

➔ **Neue Offensive für Deutschland** Seite 7

Das von dem FDP-Abtrünnigen Heiner Kappel kürzlich gegründete Rechtsbündnis will sich mit dem „Bund freier Bürger“ verbandeln. Mit von der Partie sind auch Rechtsabweichler in Union und FDP sowie Akteure aus dem Rechtsaußen-Spektrum.

➔ **Vergessene NS-Opfer** Seite 10

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Jewish Claims Conference wurde jetzt endlich eine Regelung zur Entschädigung von osteuropäischen Holocaust-Opfern gefunden. Nach wie vor besteht eine lange Warteliste von Überlebenden, die bisher leer ausgegangen sind.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/255 94-100, Fax 030/255 94-190

Zum Jahresbeginn **Die braunen Pilze**

Den Gruß zum neuen Jahr verbinden Verlag, Redaktion und Autorenschaft mit dem Dank an die Leserinnen und Leser des „blick nach rechts“ für Ihre Treue und Unterstützung, um die wir Sie auch für 1998 bitten. Wir hoffen, Sie in der Zukunft noch besser informieren zu können und werden Ihnen alsbald die Ergebnisse unserer konzeptionellen Überlegungen für eine Neugestaltung des „blick nach rechts“ und eine Verbesserung seines Angebots vorlegen.

Das kommende Jahr wird für die deutsche Demokratie ein Jahr besonderer Bewährung werden. Die Basis des Rechtsextremismus in Deutschland ist breiter geworden; wir haben es allein der Zerstrittenheit der Rechtsextremisten und der Eitelkeit ihrer Führer zu danken, daß die vielberufene Einheitsfront nach französischem Vorbild nicht standegekommen und die Verbreiterung der parlamentarischen Basis des Rechtsextremismus ausgeblieben ist. Das kann sich bereits bei der kommenden Bundestagswahl ändern.

Hinter uns liegt ein Jahr mit einer erneuten Zunahme der Gewalt von rechts, die zudem an Brutalität zugenommen hat. Die Anziehungskraft menschenverachtender Ideologien auf junge Menschen läßt sich sicher nicht abtrennen von ihrer sozialen und gesellschaftlichen Situation. Die Sicherheitsbehörden bleiben deshalb zwar aufgerufen, gewaltbereite junge Menschen zu ermitteln und sie an ihren Taten zu hindern; darin darf sich allerdings der Umgang der Gesellschaft mit diesen jungen Leuten nicht erschöpfen, wir haben uns um ihre Zukunft zu kümmern.

Die Diskussion um das Eindringen rechtsextremer Strömungen in die Bundeswehr ist nicht abgeschlossen. Dies zurückzudrängen, sollte als eine gemeinsame Aufgabe jenseits politischer Konfrontation angestrebt werden. Natürlich ist auch die Armee in der Gesellschaft verhaftet und nicht unbeflußt von dem, was sich in der Gesellschaft tut. Die Armee hat aber von Verfassungen wegen einen Auftrag, der weiterreicht, als nur die Gesellschaft abzubilden. Deshalb helfen auch Haarspaltereien nicht weiter, ob es gerechtfertigt ist, schon von Tendenzen oder Strömungen zu sprechen oder „nur“ von einer Häufung von Fällen; es geht darum; sich um braune Pilze zu kümmern. Klaus-Henning Rosen

Bundeswehr **Kameraden- schweine**

Während einer Zugfahrt von Bonn nach Koblenz saß ich im Abteil mit drei jungen wehrpflichtigen Soldaten. Wir sprachen über rechtsextreme Ausschreitungen bei der Bundeswehr.

Gedächtnisprotokoll einer Passage des Gesprächs: „Wenn bei uns einer so anfängt, hauen wir dem eins auf die Schnauze.“ „Kommt sowas denn vor?“ „Ja, schon... ab und zu.“ „Also auch in Eurer Kaserne?“ „Ja, aber selten.“ „Auch woanders?“ „Ja, haben wir jedenfalls gehört.“ „Was unternimmt Ihr dagegen?“ „Neulich hat einer ‘Jude verrecke’ an die Wand gepinselt. Dem haben wir die Augen verbunden und ihn verdroschen.“ „So machen wir das mit den Faschos.“ „Also mit Gewalt?“ „Klar, was anderes kapieren die nicht.“ „Die sind unbelehrbar.“ „Wir müssen sie isolieren.“ „Draußen machen sie dann sowieso weiter.“ „Informiert Ihr Eure Vorgesetzten?“ „Nö.“ „Warum nicht?“ „Dann sind wir als ‘Kameradenschweine’ unten durch.“

Die drei waren von Rechtsextremismus weit entfernt und wandten sich in der Diskussion mit begründeten Argumenten gegen Fremdenhaß. Staatsbürger in Uniform. Doch ihr Verhalten zeugt nicht von Zivilcourage.

Kein Wunder: Im Offizierscorps bis hinauf zur Generalität und zur zivilen politischen Führung fehlt es am Willen, eindeutige Folgerungen aus den erschreckenden Vorfällen zu ziehen. Nun muß der Verteidigungsausschuß des Bundestags, der sich in diesen Tagen als parlamentarischer Untersuchungsausschuß konstituiert, beispielgebend handeln. Doch auch unter den Abgeordneten gibt es Zweifelsfälle: Der Vorsitzende des Gremiums, Kurt Rossmanith (CSU), darf öffentlich „Nazi-Fan“ genannt werden. So hat jedenfalls das Landgericht Kempten entschieden. Rossmanith hatte sich für die Beibehaltung des Namens der Dietl-Kaserne in Füssen eingesetzt. Ein in diesem Punkt Unbelehrbarer. Rossmanith muß von der Funktion des Vorsitzenden eines Untersuchungsausschusses, der rechtsextreme Tendenzen durchleuchten und bewerten soll, abgelöst werden.

Helmut Lölhöffel

Knackpunkt Führungsebene **Ultrarechte Militärs**

Rechtsextremes Gedankengut ist in der Bundeswehr nicht erst präsent, seit in den vergangenen Monaten Skandale öffentlich geworden sind. Der „blick nach rechts“ skizziert nachstehend hochrangige Militärs, die über Jahre hinweg Führungspositionen in der Bundeswehr innehatten und heute mit der Rechtsaußenszene fest verbunden sind:

* Günter Kießling, Vier-Sterne-General a.D. Mitglied der Burschenschaft Spandovia Berlin; Referent beim ultrarechten „Gesamtdeutschen Studentenverband“ (GDS), bei CAUSA (Unterorganisation der Mun-Sekte), bei den „Weißensee-Gesprächen“, die das „Freiheitliche Bildungswerk“ (FPÖ) veranstaltet, bei der geschichtsrevisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“, beim ultrarechten „Freundeskreis für Kultur- und Zeitgeschichte“, Österreich; Festredner und Kuratoriumsmitglied der ultrarechten „Deutsch-Russländischen Gesellschaft“ (DRG); Autor im revanchistischen „Ostpreußenblatt“, in den rechteextremen Blättern „Europa“, „wir selbst“, der österreichischen „Aula“ und der „Jungen Freiheit“.

Bei der Buchpräsentation „Der Wortbruch“ von Werner Maser am 1.9.94 in Bonn sprach Kießling von der „liebgewordenen These vom heimtückischen Überfall auf die Sowjetunion“. Der deutsche Überfall war, so Kießling, „ein wirklicher Präventivschlag“.

Kießling verfaßte unlängst - gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-43“ gerichtet - „Zehn Thesen gegen die Diffamierung der Deutschen Wehrmacht“, die in rechtsextremistischen Kreisen nachgedruckt werden (z.B. Verlagsgesellschaft Berg).

* Gerd-Helmut Komossa, Generalmajor a.D., Ex-MAD-Chef

Autor und Interviewpartner in der „Jungen Freiheit“, schreibt regelmäßig für das „Ostpreußenblatt“; Unterzeichner der „Erklärung zur Präsentation der Anti-Wehrmachtsausstellung in der Frankfurter Paulskirche“ (FAZ: 9.4.1997)

* Günter Poser, Konteradmiral a.A., Ex-MAD-Chef

In der September-Ausgabe '96 der in zahlreichen Verfassungsschutzberichten aufgeführten „Unabhängigen Nachrichten“ polemisiert Poser auf acht

Seiten gegen die „legalisierte Lynchjustiz“ der „Nürnberger Prozesse“. Diese waren, so der einstige MAD-Chef, „für die Weltöffentlichkeit inszenierte politische Schauprozesse in Ausübung von barbarischem Sieger- und Besatzungsrecht“.

Der „geborene Soldat“ Poser (so die „Junge Freiheit“) war ehemals stellvertretender Bundesvorsitzende der „Republikaner“ und engagierte sich für die zwischenzeitlich aufgelöste Partei „Aufbruch '94“. Poser ist Autor im rechtsextremistischen Periodikum „Nation+Europa“.

* Klaus Hartenstein, Oberstleutnant a.D.

In einem Artikel im gleichnamigen REP-Organ „Der Republikaner“ schreibt Hartenstein, daß die „derzeitige Klasse“ (= Bonner Regierung) die Bevölkerung „manipuliere“ und „ausbeute“. Der Artikel wurde von Neonazis in das Thule-Netz gesannt.

* Alfred Mechtersheimer, Oberstleutnant a.D.

Im aktuellen Landesverfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen ist Mechtersheimer, Kopf der rechtsextremen „Deutschland-Bewegung“, namentlich erwähnt. Er ist Autor in der „Jungen Freiheit“ und als Autor und presserechtlich Verantwortlicher in den antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ (6/97) aufgeführt. Mechtersheimer war Referent bei der REP-Landtagsfraktion in Stuttgart, weilte u.a. als Gastredner beim REP-Parteitag im vergangenen Oktober und im November bei der Veranstaltung der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“.

* Paul Albert Scherer, Ex-MAD-Chef

Unterstützer der Polit-Sektierer „Patrioten für Deutschland“ um Helga Zepp-LaRouche

* Friedrich Wilhelm Grunewald, Brigadegeneral a.D.

Unterstützer der „Patrioten für Deutschland“

* Jochen Löser, Generalmajor a.D.

Referent bei der rechtsextremen „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ (DESG) und beim „Nationaleuropäischen Jugendwerk e.V.“

* Heinz Karst, Brigadegeneral a.D.

Ab 1939 Offizierslaufbahn, Kriegsteilnehmer als Kompaniechef und Kommandeur; 1952 wurde Karst in die Dienststelle Blank berufen., 1955 Übernahme in die Bundeswehr als Major, Laufbahn in der Bundeswehr, Wechsel zwischen Ministerium und Truppe, letzte Verwendung 1968-70 als General des Erziehungs- und Bildungswesens im Heer, seither publizistisch tätig.

Karst ist Autor in „Criticon“, der „Jungen Freiheit“ und dem rechtslastigen „Deutschland-Magazin“, Mitbegründer des „Studienzentrums Weikersheim“ und der „Deutschland-Stiftung“.

Anton Maegerle

Die Träume eines
rechten Verlegers

Verhinderter Ostlandritter

Die Kieler Verleger Dietmar Munier gilt als Hauptakteur in Sachen Re-Germanisierung des ehemaligen Nord-Ostpreußens. Eine von ihm gegründete Organisation wurde gar mit Grußworten hochrangiger Politiker bedacht.

Im Zusammenhang mit dem jüngst bekannt gewordenen skandalösen Auftritt des verurteilten Rechtsterroristen Manfred Roeder an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg im Jahr 1995 fiel der Blick der Öffentlichkeit auch auf das Thema seines Vortrages „Übersiedlung von Rußlanddeutschen in den Raum Königsberg“, dem heutigen Kaliningrad. Roeder ist mit seinem „Deutsch-Russischen Gemeinschaftswerk – Förderverein Nord-Ostpreußen e.V.“ nicht der einzige Rechtsextremist, der sich in Sachen Re-Germanisierung des einstigen Ostpreußen versucht. Dort tummelten sich Dietmar Munier, Siegfried Godenau von der „Ostpreußenhilfe e.V.“, Kassel, Uwe Stolle, Karl-August Schaal, aber auch Funktionäre des neonazistischen Spektrums wie Torsten Paproth mit seinem „Verein zur Förderung deutschsprachiger Medien in Osteuropa“. Als Hauptakteur unter den rechtsextremen Ostlandrittern gilt der Kieler Verleger Dietmar Munier.

Der 43jährige, seit 1994 in Martensrade (Kreis Plön) residierende Verleger und Buchhändler Munier begann seine Polit-Karriere in den 70er Jahren beim 1958 gegründeten „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ) und den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Im Oktober 1976 wurde er zum stellvertretenden JN-Landesvorsitzenden in Schleswig-Holstein gewählt. Seine verlegerische Karriere begann Munier 1973 mit der Gründung des „Sturmwind-Verlag“. Der Jungverleger Munier stieg 1980 in den „ARNDT-Verlag“ ein und wurde drei Jahre später dessen Leiter. Ebenfalls 1983 gründete er den „Orion-Heimreiter-Verlag“ wieder. Bis heute ist Munier mit dem „ARNDT-Buchdienst/Europa-Buchhandlung“, der „Lesen und Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH“ und dem „ARNDT-Verlag“ im Verlegergeschäft aktiv. Im August 1986 wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft Kiel eine Hausdurchsuchung wegen revisionistischer Buchtitel bei „Lesen und Schenken“ –

das Programm umfaßt neben Büchern auch Tonträger, Videos, Kunstgewerbe, Spezialitäten und den „Bernstein-Reisen“ als Reiseabteilung – durchgeführt.

Nach den dramatischen Änderungen in den Staaten des Warschauer Paktes begannen die „Ostpreußen“-Aktivitäten des Dietmar Munier. 1991 gründete er die „Aktion ‘Deutsches Königsberg’“ und im darauffolgenden Jahr im April den „Rußlanddeutschen Kulturverein Trakehnen“ in Jasna Poljana, sowie am 8. August 1992 in Husum den „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ mit Sitz in München. Dem folgte die „Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen mbH“ (GST) und ihre russische Schwesterfirma „GST-Siedlungsförderung“. 1992 besuchte Munier mehrfach Siedlungen von Rußlanddeutschen und schrieb darüber das in der rechtsextremen Szene vielbeachtete Buch „Das letzte Dorf. Bei den Rußlanddeutschen in Ostpreußen“. Seine Intention erläuterte Munier in einem Rundschreiben der „Aktion ‘Deutsches Königsberg’“: „Auf Dauer kann Rußland sich diese etwa 500 km vom russischen Mutterland entfernt liegende Exklave wirtschaftlich nicht erlauben. In Politik und Geschichte gibt es aber kein Machtvakuum... Wir haben 1991 eine private Initiative gestartet, durch Ansiedlung Rußlanddeutscher in Nordostpreußen neue Fakten für eine deutsche Perspektive unserer Ostprovinz zu schaffen.“ Ende 1992 nahm die „Deutsche Schule Trakehnen“ ihren Betrieb auf. Zu den dort ehrenamtlich tätigen Lehrkräften zählten u. a. Ilse Conrad-Kowalski und der 62jährige Realschullehrer Bernd Brausch, zweimaliger NPD-Bundestagskandidat und ehemaliges Vorstandsmitglied des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“. Aktuelle Schulleiter und damit auch Nachfolger von Dr. Hartwig und Ursula Thieme sind Rudolf Christl und Dr. Reinhild Menz. Munier unterstützte 1992 auch den halbjährigen Aufenthalt des Druckers und Schriftsetzers Detlef Lindenthal, der zu den erklärten Gegnern rechtsextremer Provenienz der Rechtschreibreform (vgl. BNR 3/97) gehört, in Trakehnen.

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Michael Glos, ließ dem „Schulverein“ anlässlich dessen 3. Jahreshauptversammlung in Bayern im April 1996 ein Grußwort zukommen (vgl. BNR 23/96). Weitere Grußbotschaften und Grüße stammten u. a. von dem sächsischen Justizminister Steffen Heitmann, Heinrich Lummer, dem ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl, der Demoskopin Prof. Dr. Elisabeth Noelle-Neumann, sowie von rechten Ex-Militärs, Vertriebe-

nenfunktionären wie Dr. Herbert Hupka und rechtsextremen Publizisten (vgl. BNR 13/96). Zu den Gastrednern der Jahreshauptversammlung 1996 zählte auch der nationale Extremist Dr. Alfred Mechtersheimer. Als Vorsitzender des rund 600 Mitglieder starken „Schulvereins“ fungiert in Nachfolge von Ingwert Paulsen Henning Pless, langjähriger Bundesführer der „Heimattreuen Jugend e.V.“, einer Nachfolgeorganisation des BHJ. Der „Witikone“ Helge Redeker ist stellvertretender Vorsitzender des „Schulvereins“. Geschäftsführer Dr. Axel D. Neu war Funktionär der schleswig-holsteinischen „Republikaner“ und des rechtsextremen „Arbeitskreis für deutsche Politik“ (AfdP) in Kiel. Die Schriftführerin Gerlind Mörig entstammt einer traditionsreichen BHJ-Familie und ist Mitarbeiterin des „ARNDT-Verlages“. Zum ehrenamtlichen Beirat der „Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen mbH“ zählt auch der

langjährige Geschäftsführer des „Studienzentrum Weikersheim e.V.“, Dr. Albrecht Jebens.

Im September 1995 veröffentlichte die „Junge Freiheit“ einen Artikel unter dem Titel „Bärendienst für Ostpreußen“. „Den überwiegend älteren, meist noch selbst vertriebenen Spendern wird wider besseres Wissen das Trugbild vorgegaukelt, das alte Ostpreußen von vor dem Krieg lasse sich zu neuem Leben erwecken.“ Die zahlreichen von Muniers Vereinen und Gesellschaften angekündigten Bauprojekte seien ein „großer Bluff“ und lediglich „in Kiel fabrizierte Potemkinsche Fassaden“.

Die Aktivitäten Muniers erhielten 1996 einen weiteren, entscheidenden Rückschlag. Gegen ihn wurde von den russischen Behörden ein Einreiseverbot verhängt. Neben Munier waren Manfred Roeder und zwei Anhänger der Vereinigung „Freistaat Preußen“ von der administrativen Maßnahme betroffen.

Sönke Braasch

Unterstützung für rechtsextremistische Hetzschrift **Spenden wie für Greenpeace**

Hetzschriften gegen Ausländer und die angeblichen „Ausländerfreunde“ in der Politik – sie sind in der Bundesrepublik fast schon auf dem Weg zur Normalität und seit Ende Dezember noch ein Stückchen mehr. In Bremen beispielsweise stellte die Polizei bei Hausdurchsuchungen Exemplare der Broschüre „Völkermord am deutschen Volk“ sicher. Darin wird die Abschaffung des Asylrechts und die Abschiebung aller Asylbewerber und „Gastarbeiter“ verlangt. Von „Überfremdung“ und „Umvolkung“ ist die Rede, und als Quelle des vermeintlichen Übels wird die Bundesregierung ausgemacht. Sie habe die „klare Absicht, das deutsche Volk auszulöschen“. Die einzige Konsequenz aus Sicht der Verfasser des rechtsextremistischen Pamphletes: Es müsse „Notwehr“ geleistet werden; dieser Aufruf sei sogar „grundgesetzlich verankert“.

Das 22seitige Heft „Völkermord am deutschen Volk“, das gegenwärtig in der Bundesrepublik mit einer angeblichen Auflage von 110 000 Exemplaren verbreitet wird, hat seinen Ursprung in Dresden. Die dortige Staatsanwaltschaft hat deshalb ein Sammelverfahren gegen Unbekannt wegen Verunglimpfung von Verfassungsorganen eingeleitet. Ein

Impressum im klassischen Sinne fehlt zwar, aber einige Unterstützer der braungefärbten Publikation wagen sich durchaus mit ihrem kompletten Namen hervor. Sämtliche Unterstützer wurden zur Finanzierung der Broschüre zur Kasse gebeten, und zwar mit immerhin durchschnittlich 1 000 Mark.

Zu den zwielichtigen „Völkermord“-Positionen bekennen sich beispielsweise die ehemalige Bremer NPD-Landesschatzmeisterin Liselotte Päsler und Hugo Schag, Ex-Kreisvorsitzender der NPD in Delmenhorst. Eine wichtige Rolle wird auch dem Chirurgie-Facharzt Dr. Rigolf Hennig aus Verden/Aller nachgesagt. Der 62jährige Mediziner und Oberstabsarzt der Reserve war Kreisvorsitzender, Landesvorständler und Bundestagskandidat der „Republikaner“, bevor er 1993 zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ stieß.

Besonderes Aufsehen erregte mit seiner 1 000-Mark-Spende für die Nazi-Propaganda Edzard Folkers aus Syke bei Bremen. Denn Folkers war zum Zeitpunkt seiner Signatur Ehrenvorsitzender des Heimatbundes im Landkreis Diepholz und Ehrenvorsitzender des Syker Verkehrs und Bürgervereins. Durch seinen Austritt aus beiden Verbänden, erfolgt am 6. Januar, kam er seinem Ausschuß zuvor. Gegenüber der Lokalpresse wollte sich Folkers nicht grundsätzlich distanzieren. Er sei von einem Wehrmachts-Kameraden – wie er einst Offizier – zum Mitmachen aufgefordert worden. Spenden sei doch nicht verboten; „das ist doch genauso, wie wenn man für Greenpeace spendet.“

Thomas Klaus

Brutale Skinhead-Überfälle auf junge Punks

Polizeibekannte Gewalttäter

Das Magdeburger Stadtviertel Neu-Olvenstedt bleibt weiterhin eine Hochburg der rechtsextremen Skinheads. Experten schätzen die Gewaltbereitschaft im Osten dreimal höher ein als im Westen.

Eigentlich müßten die Magdeburger Politiker die Probleme mit den gewaltbereiten Skinheads längst fest im Griff haben. Denn an Geld und Anstrengungen hat es in der Vergangenheit wirklich nicht gefehlt: Allein im vergangenen Jahr wurden elf Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um die rechten Jugendlichen von der Straße zu holen und sie mit sinnvollen Projekten zu beschäftigen. So wurden im Stadtteil Neu-Olvenstedt, der unumstrittenen Hochburg der Jugendgewalt, in den letzten beiden Jahren nahezu 40 Jugend-Einrichtungen ins Leben gerufen - vom Jugendclub „Rampe“, einem Treffpunkt für ältere Skinheads, bis hin zu einem „Sportclub gegen Gewalt“, sowie der im ostfriesischen Emden vor Anker liegenden Kutterjacht „Wiking“, die zu gemeinschaftsfördernden Fahrten in die Nordsee ausläuft. Von großem Nutzen scheinen diese Programme bisher allerdings nicht gewesen zu sein. Am ersten Januarwochenende zog eine Gruppe Olvenstedter Skinheads in den benachbarten Stadtteil Cracau, um einer dort lebenden Wohngemeinschaft von Punks „einen Denkkettel zu verpassen“. Ergebnis: Ein 23jähriger Punk wurde zusammengeschlagen, mit Stiefeln gegen den Kopf getreten und dabei lebensgefährlich verletzt. „Die sind mit einer unglaublichen Brutalität und Menschenverachtung auf den jungen Mann losgegangen“, berichtete Staatsanwalt Wolfram Klein kurz nach der Tat.

Für die Polizei war es ein Leichtes, die insgesamt elf Täter im Alter zwischen 13 und 20 Jahren zu ermitteln. Schließlich handelte es sich allesamt um gute Bekannte, von denen einer schon bei der ersten rechtsextremen Attacke im Mai 1992 mit von der Partie gewesen war. Damals hatte eine Gruppe Olvenstedter Skins im Magdeburger Restaurant „Elbterassen“ eine Party junger Punks überfallen und den 19jährigen Torsten Lampe erschlagen. Wer die tödlichen Schläge geführt hatte, blieb in den nachfolgenden Gerichtsverhandlungen aller-

den nachfolgenden Gerichtsverhandlungen allerdings offen. Zwei Jahre später kam es zu den berüchtigten Krawallen am Himmelfahrtstag, als volltrunkene „Glatzen“ in der Innenstadt mit Baseballschlägern Jagd auf Ausländer machten - auch diesmal stammten nahezu sämtliche Täter aus Neu-Olvenstedt. Der Plattenbau-Stadtteil mit seinen rund 35.000 Einwohnern, der laut „Spiegel“ allmählich in „Elend und Gewalt“ versinkt, war auch das Zentrum der vorletzten Attacke, die im Februar vergangenen Jahres den 17jährigen Frank Böttcher das Leben kostete: Er wurde am späten Abend an der Endhaltestelle der Straßenbahn von einem nahezu gleichaltrigen Skinhead zusammengeschlagen, mit Füßen getreten und erstochen - der Täter (der später zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde) hatte sich über den buntgefärbten Haarschopf des Opfers geärgert. Die jüngste Attacke galt offenbar dem Bruder des damaligen Opfers: Der 20jährige Peter Böttcher war Mieter der von den Skinheads überfallenen Wohnung. Der junge Mann, der rechtzeitig fliehen konnte, bekam im vergangenen Jahr rund 20 Drohbriefe aus der rechtsextremen Szene. Einer von ihnen lautete: „Dich kriegen wir genauso wie Deinen Bruder.“

Experten des kriminologischen Forschungsinstituts in Niedersachsen analysieren währenddessen die Ursachen für die Jugendgewalt in der früheren DDR. Die Fachleute wollen bei den jungen Rechten im Osten eine etwa dreimal höhere Gewaltbereitschaft als bei den Gleichaltrigen im Westen entdeckt haben. Mehr noch: Während im Westen der Republik vor allem Einzeltäter aktiv sind, werden die rechtsextremen Angriffe im Osten in der Regel aus der Gruppe heraus begangen - was nach Ansicht des Institutsleiters Christian Pfeiffer eindeutig als Folge der DDR-Erziehung gewertet werden muß, in der der Nachwuchs schon in der zarten Kindheit in Gruppen sozialisiert wurde. „Hier wurden Kinder zu Untertanen eines Staates erzogen, die nun nach dessen Zusammenbruch häufig überfordert sind.“ Nur die älteren Skinheads scheinen sich den neuen Zeiten angepaßt zu haben. In dem Jugendclub „Rampe“ haben die Skins der ersten Nachwendezeit jedenfalls „ihre soziale Nische gefunden“, wie ein Sozialarbeiter betont. Im vergangenen Jahr ist die Gruppe sogar nach London gereist, um die Wurzeln der proletarischen Skinhead-Bewegung zu erforschen. Ihre rechte Gesinnung ließen sich die Teilnehmer allerdings nicht austreiben. Aber die Sozialarbeiter setzen auf die Gesetze der Zeit: Schließlich werden auch Skins älter und sehnen sich irgendwann nach einer gemüt-

Eine neue Partei für die Rechte

Es ist wieder Gründerzeit

Heiner Kappels „Offensive für Deutschland“ will die rechten Ränder von FDP und CDU in ein Wahlbündnis einbringen. Mit von der Partie sind allerdings auch Kräfte, die sich weit rechtsaußen tummeln.

Die Ungleichheit der Menschen ist eine der Grundthesen des hessischen Landtagsabgeordneten Heiner Kappel. In gewisser Hinsicht hat er natürlich recht. So gibt es z. B. bescheidene und unbescheidene Menschen. Die bescheideneren haben vielleicht einen Arbeitsplatz als sehnlichsten Geburtstagswunsch. Unbescheidene wie Heiner Kappel tun es nicht unter einer eigenen Partei. Zu seinem 59. Geburtstag am 13. Dezember vergangenen Jahres erfüllte er sich nun diesen Wunsch selbst. Zwar nicht im gewünscht feierlichen Rahmen auf der Wartburg in Eisenach, da ihm deren Türen verschlossen worden waren und somit der Symbolgehalt des Ortes nicht mehr zur Verfügung stand, sondern bescheidener im Motel-Center am Kirchheimer Dreieck, dafür aber mit rund 250 Gästen, die wie er eine „Alternative zur Regierungspolitik“ ins Leben rufen wollten. „Offensive für Deutschland - Die Freiheitlichen“ heißt das Produkt, das allerdings nach dem Willen der Gründer bereits im Januar wieder vom Markt genommen werden soll.

Freund von Bischof Dyba

Offenbar schon vor seinem Parteiaustritt hatte Kappel die Vorbereitungen für eine eigene Organisation in Angriff genommen. Der Wappensaal der Wartburg war jedenfalls bereits Anfang November angemietet worden. Nicht nur der Austritt aus der FDP gemeinsam mit 25 Parteifreunden, darunter etliche Ratsherren, aus dem Raum Bad Soden, Kappels regionaler Hochburg, war medienwirksam im Vorfeld organisiert worden, sondern ebenso der zeitlich abgestimmte Parteiaustritt des ehemaligen hessischen CDU-Landtagsabgeordneten Heiner Hofsommer (Hünfeld), der Unterstützung aus der traditionell dem Stahlhelmflügel zuzurechnenden osthessischen CDU und Vorfeldorganisationen wie dem Rhönkreis einbringen sollte. Aus letzterem hat er u.a. Dr. Martin Moderegger gewonnen, den ehemaligen Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Fulda.

Der Schulleiter Hofsommer, zeitweise auch Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Kreistag Hersfeld-Rotenburg, grollt der CDU seit den Querelen um seine Nominierung für die Landtagswahl 1995. „Wegen der dämlichen Quotierung hat man mir damals eine Frau vor die Nase gesetzt“, erinnert er sich. „Das war, als hätte man den Pfarrer gegen eine Konfirmandin ausgetauscht.“ Als Zielgruppe der neuen Formation sieht er „Freiberufler, Landwirte, entschiedene Christen und Heimatvertriebene“. Hofsommer, der 1991 - 93 auch als persönlicher Berater des thüringischen Kultusministers gewirkt hatte, in seiner Eröffnungsansprache: „Die CDU wird sich noch wundern.“ Eine Partei, die auf ihrer Landesliste keinen Platz mehr für einen Alfred Dregger habe, dürfe sich nicht mehr konservativ nennen. Zustimmendes Nicken des CDU-Landtagsabgeordneten Josef Weber, 1993 Initiator des rechten CDU-internen Petersberger Kreises, der den Versammelten als persönlicher Freund des Fuldaer Bischofs Dyba, dieses „christlichen Fels in der Brandung“, vorgestellt wurde.

Für prominente Mitstreiter und Redner aus den Reihen der Unionsparteien war gesorgt worden. Als wichtigste darunter wohl die brandenburgische Landtagsabgeordnete und ehemalige CDU-Landesvorsitzende Carola Hartfelder, die die Wende des Jahres 1989 als „angebliche“ brandmarkte, da wir nunmehr einen „Staatssozialismus mit anderen Mitteln“ hätten. An die Tradition müsse man wieder anknüpfen, an das Reich und an Preußen nämlich. Die Verteidigung gegen den Islam, die eine der Funktionen des Reiches gewesen sei, sei nämlich heute so notwendig wie damals. Das christliche Abendland sei bedroht und niemand helfe ihm. Der „Virus des Progressivgehabes“ sei bereits tief in die Reihen der Union eingedrungen. Ihre Feindbestimmung dort war identisch mit der der anderen Redner: Heiner Geissler, Volker Rühe, der die Bundeswehr in Verruf bringe und politisieren wolle, Norbert Blüm, Rita Süßmuth (als Musterbeispiel für Käuflichkeit), der designierte Kohl-Nachfolger Schäuble, da er den Euro gegen den Willen des Volkes einführen wolle, und nicht zuletzt Roman Herzog, der die in ihn gesetzten Hoffnungen enttäuscht habe und zum Ausverkauf des Vaterlands beitrage.

Die Bundesregierung und ihre Mitglieder belögen das Volk ständig, so auch die Meinung des Hamburger CDU-Rebellen Heiko Peters, der für eine Entschädigung bzw. Eigentumsrückgabe der in der SBZ 1945 - 49 Enteigneten kämpft. Er werde in-

zwischen von seiner eigenen Partei mit strafbewehrten Unterlassungserklärungen verfolgt, die Springer-Presse verweigere den Abdruck von Inseraten. Peters als auch Hartfelder sagten der neuen Gruppierung ihre volle Unterstützung zu, wollen jedoch noch nicht beitreten. Damit verhielten sie sich genauso abwartend wie Gastredner Christian Otte (Kaarst), Landesvorsitzender des Christlich-Konservativen Deutschland-Forums in NRW, und der Bundesgeschäftsführer dieser Gruppe, Bernhard Arnhold (Berlin). Sie alle sahen das Gespenst einer großen Koalition nach den Bundestagswahlen. Die FDP werde einen erneuten Einzug in den Bundestag ohnehin nicht schaffen, der CDU fehle somit ihr Koalitionspartner, und da sie bereits selbst „versozialdemokratisiert“ (Kappel) sei, werde sie sich willig in die Arme der SPD werfen, wenn kein „konservatives“ Angebot zur Verfügung stünde.

Kappel und seine Freunde sind natürlich nicht so vermessen zu glauben, innerhalb eines knappen Jahres im Alleingang eine Partei mit Erfolgsaussichten aus dem Boden stampfen zu können. Sie soll vielmehr ihren Part bei der Zusammenführung der unzufriedenen rechten Flügel der Regierungsparteien mit den noch nicht als rechtsextrem gebrandmarkten Parteien rechts der Union spielen. Dies strich auch Manfred Brunner bei der Kirchheimer Versammlung heraus. Bereits Ende Januar solle es zu einer Verschmelzung seines „Bundes Freier Bürger“ mit Kappels „Offensive für Deutschland“ kommen. Auf die Frage des „blick nach rechts“, ob diese Terminplanung in Zusammenhang mit dem Berliner Landesparteitag der FDP stehe, wo der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl Landesvorsitzender werden will, antworteten sowohl Brunner als auch Kappel, daß man Stahl natürlich gerne für sich gewinnen wolle. Sein zu erwartendes Scheitern erhöht die Chancen für dieses Vorhaben.

Verschmelzung mit Brunner-Partei

Als „konservative Sammlungsbewegung“ betrachten die Initiatoren Kappel, Hofsommer und Brunner ihr Projekt, „Radikale von Republikanern, NPD oder gar DVU“ sollen keinen Platz darin haben. Man werde ihre Aufnahme zu verhindern wissen, so Kappel. Kern der Sammlungsbewegung sind allerdings die im „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ mitarbeitenden Gruppierungen. Mit

deren Spitzen hatten Kappel und Brunner bereits am 12. Dezember in Weimar ein Koordinations-treffen durchgeführt. Sowohl die „Deutsche Partei“ des Freiherrn von Campenhausen, der ebenfalls in Kirchheim einen Ehrenplatz in der ersten Reihe hatte, als auch die „Deutsche Soziale Union“ und mehrere kleine Gruppen werden sich an dem im Januar zu gründenden Wahlbündnis beteiligen. Zu den Befürchtungen Alfred Mechtersheimers, Kappels Projekt werde letztlich doch nicht zu einer wirklichen Sammlung führen, sondern die Spaltung eher vertiefen, mochte sich Manfred Brunner nicht äußern. Der Konflikt mit den „Republikanern“ jedoch ist offenkundig vorprogrammiert. Was der Ehrengast Baldur Springmann in einem Gespräch am Rande nicht verstehen konnte: „Im Grund ist man sich doch sehr ähnlich, man setzt nur die Nuancen anders.“

Keine Scheu vor rechten Außenseitern

In der Tat: Die Parolen Kappels und seiner Freunde über die „Ausländerschwemme“, über den „Volksbetrug des Euro“, die „Käuflichkeit der politischen Klasse“ sowie die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft hätten auch bei den „Republikanern“ den gleichen lebhaften Zuspruch gefunden wie bei der kleinen Gemeinde in Kirchheim. Nur mit der unverhohlenen Forderung nach Sozialabbau, gegen den angeblich bestehenden „Versorgungsstaat“, hätte ein Teil der Klientel der REP wohl Schwierigkeiten. Und ob dem Ökobauern Springmann Kappels Aussagen über die in der Bundesrepublik herrschende „Ökohysterie“ und sein Eintreten für Biotechnologien sowie die Nutzung gentechnischer Manipulationen gefallen haben, darf getrost bezweifelt werden. Es wurde allerdings bereits bei dieser Versammlung offenkundig, daß die Distanzierungsschwüre gegenüber der extremen Rechten so ernst wohl nicht gemeint sind. Daß Lothar Lauck (Hofheim), Sprecher des Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands, in früheren Jahren hessischer Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ und später Bundestagskandidat der „Republikaner“ gewesen ist, machte ihn unter den Anwesenden jedenfalls nicht zum Außenseiter. Ein Funktionär des rechtsextremen Freibund e.V. konnte ungehindert seine Verbandszeitschrift „Na klar!“ verteilen, und auch Hofsommers ehemaliger Kollege von den „Republikanern“ im Hersfelder Kreistag, Friedrich Bau-nack, spendete freundlich Beifall. Volkmar Wölk

Lüge vom „Reichsaltersheim“

**Das wahre
Theresienstadt**

Ein Dokumentarfilm über die von den Nazis erdachte Legende um das Ghetto Theresienstadt bleibt vorerst im Archiv. Bisher hat sich kein Sender gefunden, den enthüllenden Streifen ausstrahlen.

Wenn sich Irmgard von zur Mühlen zu einem Film entschließt, dann kann man sicher sein, daß sie Gewichtiges zum Thema zu sagen hat. Unvergessen bleiben ihre Filme über die Befreiung von Auschwitz, über die Frauen des 20. Juli und über Stauffenberg – insgesamt weit über 50 Werke, deren Wertschätzung Auszeichnungen wie „Goldene Kamera“ und „Goldener Lorbeer“, aber auch der „Heinz-Galinski-Preis“ widerspiegeln.

Umso erstaunlicher ist, daß die deutschen Fernsehanstalten manchmal ausgesprochen zurückhaltend auf ihre Arbeiten reagiert haben. „Vieles von dem, was Irmgard von zur Mühlen so einfach, so dezent, so überraschend richtig ins Blickfeld des Betrachters gerückt hat“, vermerkte Peter von Zahn in einer Laudatio, „mußte lange Zeit... in der Schublade liegen bleiben.“ Diese Erfahrung machte die Filmemacherin mit ihrem aufsehererregenden Beitrag über die Frauen des 20. Juli, den 1985 zuerst das DDR-Fernsehen mit großem Erfolg ausstrahlte, ehe er mit einjähriger Verzögerung 1986 im ZDF lief. Auch der deutsche Start ihres jüngsten Werkes bereitet Probleme.

Sie hat es einer der hinterhältigsten und wirksamsten Lügen der Nazis gewidmet, der Lüge vom „Reichsaltersheim“ Theresienstadt, der nordböhmischen Provinzstadt, die Hitler angeblich, „den Juden geschenkt“ hat. Die Geschichte dieser Lüge begann im Oktober 1941, als verbreitet wurde, Theresienstadt werde „Heimstatt“ für alle Juden im „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“. Tatsächlich war die Stadt von Anfang an, was sie bis zum Ende blieb: Durchgangsstation auf dem Weg nach Auschwitz. Bei der Wannseekonferenz 1942 legte Heydrich den Plan vor, „privilegierten“ älteren Juden mit Verdiensten um Deutschland, zum Beispiel im 1. Weltkrieg, gegen Abgabe ihres Vermögens, „Heimeinkaufsverträge“ für das vorgebliche „Reichsaltersheim“ anzubieten. Wer darauf hereinfiel, starb entweder schon an den unmenschlichen Lebensbedingungen im völlig überfüllten The-

resienstadt – durchschnittlich 150 Menschen pro Tag – oder später in den Gaskammern. Wer sich nicht täuschen ließ, hatte freilich kein besseres Schicksal zu erwarten.

1944 erschien Theresienstadt den Nazis geeignet, einer Delegation des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) nach sorgsamer Präparation durch die SS die Besichtigung ausgesuchter Straßen, Plätze und Räume zu gestatten. So primitiv die Täuschung war, dem IRK genügte sie, das Konzentrationslager für eine „normale Provinzstadt“ zu halten. Man hinterfragte nichts, wich nicht vom Wege ab, war wohl froh, mit der Lüge leben zu können. Auf den Besuch weiterer Lager wurde verzichtet. Der Erfolg brachte Eichmann und Co. auf die Idee, der mörderischen Posse eine Krone aufzusetzen. Man nötigte den nicht nur in Deutschland bekannten jüdischen Schauspieler und Regisseur Kurt Gerron, selbst einen Theresienstadtfilm zu drehen, in dem Juden für die Dauer der Aufnahmen fröhlich zu tanzen, Sport zu treiben und im Kaffeehaus zu sitzen hatten.

Als der Film Anfang April 1945 den wieder sehr beeindruckten Vertretern des IRK vorgeführt wurde, waren „Mitwirkende“ und Drehstab – einschließlich Kurt Gerron – schon in Auschwitz ermordet. Den Lügen und Halbwahrheiten des Propagandafilms, dessen erhalten gebliebene Teile sich im Besitz der Chronos Film GmbH Bengt von zur Mühlen befinden, stellt Irmgard von zur Mühlen die Wirklichkeit gegenüber, die von Überlebenden aus Tel Aviv, Prag und Berlin geschildert und von dem Historiker und Theresienstadt-Experten Karel Margry kommentiert wird. Fotos, Zeichnungen und Dokumente, so im Bundesarchiv gefilmte „Heimeinkaufsverträge“, runden das Bild.

Die Erstaufführung des Films „Das Ghetto Theresienstadt – Täuschung und Wahrheit“ bei den Jerusalemer Filmfestspielen im Juli war für Irmgard von zur Mühlen ein großer persönlicher Erfolg und fand in Israel hohe Beachtung. Eine Deutschland-Premiere steht aber praktisch noch aus. Bisher gibt es bei keiner deutschen Fernsehstation einen Sendetermin. „Spiegel“-TV zeigte zunächst lebhaftes Interesse, aber der für Einschaltquoten zuständige Mann bekam kalte Füße. Neonazis hin, historische Verantwortung her. Der Bedarf an Auschwitz-Lüge und an Theresienstadt-Wahrheit scheint manchen wohl gedeckt. Mit einem Doppelmord in Florida bekommen sie die Leute leichter an den Bildschirm als mit Holocaust in Gaskammern und Konzentrationslagern. Und was zählt mehr!

Ralf Bachmann

Eine lange Warteliste

Die vergessenen NS-Opfer

Mit einem dürftigen Kompromiß endeten monatelange Bemühungen, endlich Opfer der NS-Militärjustiz nachträglich abzufinden: Auf Antrag gibt es 7500 Mark. Bei den langwierigen Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Jewish Claims Conference um Entschädigungen für osteuropäische Holocaust-Opfer ist jetzt ebenfalls eine Regelung gefunden worden. Und auch tschechische NS-Opfer können hoffen. Aber viele andere müssen weiter warten.

„Wiedergutmachung – Der Kleinkrieg gegen die Opfer“ hieß eine wissenschaftliche Untersuchung, die das Hamburger Institut für Sozialforschung 1988 herausgegeben hat. Christian Pross, der Autor, belegte damals, wie die Bundesregierung und ungezählte Institutionen versuchten, die Überlebenden des Holocaust finanziell so knapp wie möglich für Unrecht, Raub und Qual zu entschädigen. Pross' Buch ist in der Bundesrepublik kaum zur Kenntnis genommen worden – im Gegensatz zu der Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht, für die ebenfalls das Hamburger Institut verantwortlich zeichnet. Allein der Begriff „Wiedergutmachung“ ist eine Perversion, weil der Völkermord und die anderen NS-Verbrechen überhaupt nicht „wieder gut zu machen“ sind. Israel hat die semantische Schwierigkeit mit dem Begriff „Shilumim“ gelöst, was nichts anderes als „Zahlungen“ heißt.

In wenigen Tagen wird hierzulande zum dritten Mal der Holocaust-Opfer gedacht – am 27. Januar, dem Tag der Befreiung von Auschwitz im Jahre 1945. Landauf, landab gibt es zu diesem Datum Tagungen, Seminare, Vorträge, doch nach einem ersten Überblick wird der „Kleinkrieg gegen die Opfer“ nirgendwo thematisiert. Dabei gibt es Grund genug, dieses Problem immer wieder in Erinnerung zu rufen. Es handelt sich nämlich keineswegs um Historisches, sondern um aktuelle Politik.

Ende November begannen in Bonn Verhandlungen über Zahlungen an NS-Opfer, die bisher nichts erhalten haben. Zuvor hatten 92 von insgesamt 120 Mitgliedern des israelischen Parlaments „Knesset“ Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundestags-

präsidentin Rita Süssmuth in einer Petition aufgefordert, endlich Rentenansprüche von NS-Leuten zu streichen und stattdessen bisher leer ausgegangenen Opfern finanziell zu helfen. Bei diesen Menschen handelt es sich vorwiegend um Juden aus Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der früheren CSSR. Hinzu kommen jene Juden, die in Verstecken überlebt haben, sowie polnische Juden, die vor dem Überfall der Nazis am 1. September 1939 nach Frankreich geflüchtet, dort aber später aufgespürt und nach Auschwitz deportiert worden waren. Sie haben nach Berichten aus Jerusalem bisher nichts bekommen. Ihre Ansprüche werden von einer Delegation vertreten, die von amerikanischen Juden geleitet wird.

Druck kommt auch aus Prag. In der Republik Tschechien leben noch etwa 8.000 NS-Opfer, die bislang keinen Pfennig bekommen haben. Für sie sollen 160 Mio. DM bereitgestellt werden, und zwar in einem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds. Als Termin hatten Prag und Bonn den 1. Januar 1998 vereinbart. Der aber war nur mit Mühe zu halten, weil Prag berechtigte Kritik an der Besetzung des Verwaltungsrates dieses Versöhnungswerkes übt. Von den vier deutschen Vertretern gehören zwei zu den heftigsten Kritikern der bilateralen Versöhnungserklärung: Fritz Wittmann, Präsident des Bundes der Vertriebenen und der ehemalige Vorsitzende der bayerischen SPD, Volkmar Gabert. Sie wollen und sollen verhindern, daß die sudetendeutsche Landmannschaft bei der Ausöhnung „ausgegrenzt“ wird. Ein Kompromiß ist erkennbar. Prag hat angedeutet, auf die deutschen Personalentscheidungen keinen Einfluß mehr nehmen zu wollen.

Leben in bitterer Armut

Eile ist allemal geboten. Das zeigt besonders ein Blick in die Baltischen Staaten. Dort leben nur noch wenige tausend NS-Opfer. Es werden täglich weniger. „Leben“ beschreibt ihren Zustand euphorisch. Tatsächlich hausen die meisten in kaum vorstellbarer Armut. Die winzigen Renten gehen zum großen Teil für Medikamente drauf. Während der kommunistischen Herrschaft wurden sie zwar nicht direkt verfolgt, hatten aber unter der judenfeindlichen Politik zu leiden. Nach der Wende blühten Hoffnungen auf. Diese wurden freilich bitter enttäuscht. Zunächst zeigte sich Bonn abweisend. Nicht zuletzt durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang von Stetten aus Schwäbisch-Hall kam schließlich Bewegung in Gang. Er rief zu

Spenden für die NS-Opfer in den Baltischen Staaten auf, was dazu beigetragen haben mag, daß die Bundesregierung schließlich bereit war, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Litauen hat mittlerweile zwei Millionen Mark für den Bau sozialer Einrichtungen erhalten. Nach Estland wurde kurz darauf ein ähnlicher Betrag überwiesen. Die Verhandlungen mit Lettland sollen kurz vor dem Abschluß stehen. Für die jüdischen Opfer bringen Krankenhäuser und Altersheime freilich keine Erleichterungen. Sie sind gewohnt, im Kreis der Familie zu sterben – so es noch jüdische Familien gibt. Die allerdings entstehen seit dem Ende des Kommunismus langsam wieder. Von einer Renaissance des Judentums in den Baltischen Staaten zu sprechen, ist übertrieben, neues Leben freilich ist erkennbar. Damit entfällt für die Alten der Zwang, ihre letzten Tage in Seniorenheimen zu verbringen. Die Hilfe aus Bonn geht folglich an diesen Menschen vorbei. Es muß schleunigst umgedacht werden, jedenfalls für Lettland, wo es bis zum Einmarsch der Nazis im Sommer 1941 die größte jü-

dische Minderheit gab.

Etwa 100 Mrd. Mark hat Bonn bisher an „Wiedergutmachungszahlungen“ geleistet. Eine Statistik für 1995, die Ende Juli von der Bundesregierung veröffentlicht wurde, zeigt, wofür unverändert die größten Mittel aufgewendet werden müssen: für „Gesundheitsschadenrenten“. Von den 1,5 Mrd. DM entfielen 1,13 Mrd. DM für diese Renten, hingegen nur 102 Mio. DM für Hinterbliebenenrenten und ganze 53 Mio. DM für Kapitalentschädigungen. Das meiste Geld bekommen also Kranke, die gern darauf verzichten würden, hätten die Nazis sie nicht zu Krüppeln gemacht, die seit mehr als einem halben Jahrhundert an der NS-Zeit körperlich leiden. Das sollte die Öffentlichkeit endlich zur Kenntnis nehmen, statt zu fragen, wann endlich Schluß mit der „Entschädigung“ sei. Die Kosten sinken nicht, wenngleich immer mehr Überlebende sterben. Der Grund: Die Renten steigen Jahr für Jahr, und auf diese Steigerungen werden hiesige Rentner/innen gewiß nicht verzichten wollen.

Heiner Lichtenstein

Auffangbecken für Kader aus
verbotenen Organisationen

Aktionsfront ohne Kopf

Die in Nordrhein-Westfalen aktive Neonazi-Organisation „Sauerländer Aktionsfront“ hat nach dem tödlichen Verkehrsunfall ihrer Führungsspitze einen herben Schlag erlitten. Aus dem weitverzweigten braunen Netzwerk dürften jedoch bald neue Kader an die Stelle der verstorbenen Multiaktivisten treten.

Auf der Rückreise von Hamburg verunglückten drei neonazistische Kader auf der Autobahn A 1 bei Vechta in der Nacht zum 22. November tödlich. Dabei handelte es sich um den am 28. Juli 1973 geborenen Andree Zimmermann, den am 2. März 1971 geborenen Thomas Kubiak und den 27-jährigen Harald Theodor Mehr. Die drei vorbestraften Rechtsextremisten befanden sich auf der Heimfahrt von Hamburg, wo sie mit dem erst wenige Tage zuvor aus der Haft entlassenen Spitzenfunktionär Christian Worch (41) zusammengetroffen waren. Noch am Sonntag abend fand in Winterberg (Hochsauerlandkreis), dem Heimatort von Kubiak und Zimmermann, ein Aufmarsch von

knapp 100 Neonazis statt. Sie zogen unter „Heil Hitler“-Rufen und die Reichskriegsflagge schwenkend durch Winterberg. Gegen einzelne Personen wurden nach Angabe der Polizei Strafverfahren eingeleitet.

Die beiden bundesweit aktiven Neonazis Zimmermann und Kubiak führten seit mehreren Jahren die 1991 initiierte „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF; rund 60 Mitglieder) an. Thomas Fink, der Gründer der neonazistischen SAF, war 1992 ebenfalls bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Der damals 25-jährige gehörte zu den Organisatoren des alljährlich stattfindenden „Rudolf-Heß-Gedenkmarsches“. Bis in die Gegenwart zählen Aktivisten der SAF zu den Organisatoren, aber natürlich auch Teilnehmern der verschiedenen „Gedenkmärsche“ anlässlich des Todestages der einstigen Hitler-Stellvertreter. Der SAF-Initiator Fink war ein ehemaliger Zögling des jüngst verstorbenen Altnazis Otto Ernst Remer. Finks Nachfolger Kubiak leitete zuletzt zusammen mit Zimmermann die SAF. Beide waren an der Erstellung der „Freien Stimme“ beteiligt, von der bislang 13 Ausgaben seit Sommer 1994 in einer Auflage von 6.000 Exemplaren nach Eigenangabe erschienen waren. Zu Beginn wurde die „Freie Stimme“ über das Postfach von Peter Rafael Romero Sauer in Netphen (Kreis Siegen-Wittgenstein), einem Mitglied der später verbotenen „Frei-

heitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), vertrieben. Die Schrift diente denn auch als Werbeträger der FAP. Nach deren Verbot fanden die FAP-Mitglieder aus dem Sauerland endgültigen Anschluß bei der SAF. Als Autoren der „Freien Stimme“ galten den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden die beiden SAF-Aktivistinnen Kubiak und der 27jährige Georg Wahle.

Nur wenige Tage vor dem Tod des Trios wurde ein neues Periodikum aus dem Dunstkreis der SAF angekündigt. In dem neuen „Zentralorgan“ („Wir wollen frei sein, wie die Väter waren...!) sollten neben der „Freien Stimme“ auch der „Widerstand“ und das Skinzine „Moonstomp“ von Bernd Krick, einem weiteren SAF-Aktivist, einbezogen werden. Um die guten Kontakte der „Sauerländer Aktionsfront“ zum Glatzen-Milieu aufrechtzuerhalten, so die Ankündigung, „bleibt das beliebte Skinzine ‘Moonstomp’ ein eigenständiger Beitrag zum Ganzen und berichtet über Konzerte und Treffen innerhalb der Szene der Skinheads.“ Mit Musik der Skinhead-Szene verdiente seit kurzer Zeit auch die „Sauerländer Tonträgerproduktion“ aus Winterberg ihr Geld. In das zukünftige „Zentralorgan“ wollte sich noch die ehemalige Redaktion der den „Jungen Nationaldemokraten“ nahestehenden Zeitschrift „Einheit und Kampf“ um den geschätzten 31jährigen Markus Privenu (vgl. BNR 21/97) einklinken. Die projektierte Quartalsschrift „Zentralorgan“ sollte mit ca. 40 Seiten im DIN A4-Format „als Zeichen gegen die Zersplitterung der Kräfte“ erscheinen. An dem seit 1995 erscheinenden Periodikum „Widerstand“ (vgl. BNR 5/96) war Mehr zusammen mit Stefan Haase beteiligt. Die beiden Neonazis waren vor dem Verbot im November 1992 in der „Nationalistischen Front“ (NF) organisiert, wandten sich jedoch bei deren Spaltung im Sommer 1992 von NF-Gründer Meinolf Schönborn ab. Seine publizistische Karriere begann Mehr Ende der 80er Jahre mit einem „nationalen Jugendmagazin“ namens „Freiheit“. Von 1991 bis 1993 erschien die Postille „Revolte“. „Die Zeitung der nationalistischen Bewegung“. Mehr war neben der publizistischen Tätigkeit auch als Kader aktiv. Im Sommer dieses Jahres gehörte er zum „Aktionskomitee Rudolf Heß 1997“.

Die Beerdigung der drei Funktionäre fand am Donnerstag, den 27. November statt. Unter den Trauergästen befand sich auch Christian Worch, Kopf der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF). Bei der Bestattung von Mehr in Lüdenscheid trat der rechte Advokat Günther Herzogenrath-Amelung als Redner auf. Der Rechtsanwalt verteidigte Mehr zuletzt in einem Berufungsver-

fahren am Landgericht Hagen.

Der vormalige Skinhead Zimmermann gehörte der inzwischen verbotenen FAP als Landesvorstandsmitglied in Nordrhein-Westfalen an und initiierte 1995 die folgenlos gebliebene „Unabhängige Freiheitliche Vereinigung“ (UFV). Später schloß er sich der 1991 ins Leben gerufenen SAF an und bekleidete seit Jahresanfang das Amt des Schriftleiters der „Nachrichten der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG). Unter dem Pseudonym „Lutscher“ agitierte Zimmermann im „Thule-Netz“ und war einer der bemühtesten „Anti-Antifa-Aktivist“. Sein brauner Mitstreiter Kubiak betrieb zeitweilig das „Nationale Infotelefon Sauerland“, eine der ersten Einrichtungen dieser Art, das im November 1993 beschlagnahmt wurde. Daneben stand er der temporären „Nationalen Jugend“ (NJ) in Hallenberg vor. Auf die NJ folgten eine „Nationalistische Autonomie-Basis“ (NAB) und die UFV. Die wiederholte Änderung des Eitketts bei gleichbleibendem Inhalt sollte die Behörden irritieren und ein eventuelles Verbot der „Sauerländer Aktionsfront“ erschweren.

Der Tod der drei Multiaktivisten wird für das braune Netzwerk sicherlich nicht kurzfristig zu kompensieren sein. Doch steht zu befürchten, daß aus der erstarkenden rechtsextremen Szene neue Personen nachrücken und in die Fußstapfen der drei verstorbenen Neonazis treten werden.

Sönke Braasch

*Anm. der Redaktion:

Aufgrund eines technischen Versehens wurde obenstehender Artikel in der Ausgabe BNR 25-26/97 verstümmelt. Wir haben den Beitrag daher noch einmal abgedruckt.

HINWEIS

Bonn – Am 27. Januar, dem Gedenktag an die Opfer des Holocaust, findet im ehemaligen Ersatzplenarsaal (Wasserwerk) des Deutschen Bundestags um 18.30 Uhr ein Benefizkonzert für die Überlebenden der Shoa in Litauen statt. Die meisten dieser Menschen leben heute in bitterster Armut. Spenden für das Konzert „Ess is gewen a Sumer tog – Die Geschichte des Wilnaer Ghettos im Spiegel seiner Lieder werden erbeten an: Mizwa – Zeit zu handeln e.V., „Stichwort Litauen“, Bank für Kirche und Diakonie Duisburg, BLZ 35060190, Kto.-Nr. 1010925017. Anmeldung über: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Godesberger Allee 139, 53175 Bonn; Tel. 0228/88 32 99, Fax -/88 35 39.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

**Periodika der
extremen Rechten**

„Europa Vorn“ (EV), 10.Jg., Nr. 118:

Das Titelthema lautet „Für den Erhalt der Vielfalt aller Völker und Kulturen!“ und EV-Herausgeber Manfred Rouhs beschwört in seinem Leitartikel eben diese Vielfalt - jeder natürlich an seinem angestammten Platz. Die Gefahr für den Weltfrieden drohe von den „liberalistisch-weltoffenen“ Chauvinisten im „menschheitsbeglückend-kosmopolitischen Gewand“. Wolfgang Strauss lamentiert am Beispiel Rußlands über den verderblichen Einfluß der USA, der „häßlichen Gouvernante“. Mit Vehemenz zieht der EV-Dauerautor gegen das „68er Gesindel“, gemeint ist neben den Grünen auch die SPD, die „fünfte Kolonne der Deutschfeindlichkeit“, zu Felde, die sich im vergangenen Sommer noch nicht mal auf den Oderdämmen eingefunden hätten. In Sachen Geschichtsklitterung beharrt der Revisionist Strauss auf seiner Behauptung, daß die deutsche Wehrmacht bei ihrem Einmarsch in die Sowjetunion ausschließlich Gutes getan habe. Laut Strauss war der Einmarsch - sei es „Angriffskrieg, Präventivschlag, Gegenangriff oder Überfall“ - aufgrund der Stalinschen Greuelthaten auch moralisch gerechtfertigt und für die „unterdrückten Völker und Klassen ... die letzte Chance, sich mit fremder Hilfe von einem in der Menschheitsgeschichte singulären Genozidregime zu befreien“. Sympathie für den Kampf der baskischen Terrororganisation ETA gegen die „spanische Besatzungsmacht“ bekundet Christian Rogler. Berichte über den REP-Parteitag Mitte Oktober und das Köschinger Treffen der „Nation Europa Freunde e.V.“ Anfang November lassen die eindeutige Präferenz zugunsten der letzteren erkennen. Hans Rustemeyer, geschäftter und sich zurückgeklagter REP-Funktionär, präsentiert sein Wunschmodell einer Einheit der Rechten, die von Gerhard Frey (DVU) über Harald Neubauer (DLVH), Rolf Schlierer (REP), Udo Voigt (NPD), Joachim Siegerist bis zu Manfred Brunner reicht.

„Junge Freiheit“ (JF)-12.Jg.,Nr.50, 51, 52/97-1/98:

Einen Generalangriff der Hardthöhe auf die letzten Reste von Traditionsbewußtsein in der Bundeswehr wittert die JF aufgrund der diskutierten Maßnahmen, wie Rechtsextremismus bei Bundeswehrangehörigen entgegengetreten werden könnte

(51/97). Der Rechtsaußen-Publizist Gerhard Löwenthal, der vergangenen Dezember seinen 75. Geburtstag feierte, fordert im JF-Interview den Zusammenschluß der rechtskonservativen Kräfte. Karlheinz Weißmann sieht mit dem Erscheinen des „Schwarzbuch des Kommunismus“ in Frankreich nicht zuletzt den durch die 68er verursachten gesellschaftlichen „Antifaschismus“ als endlich überwunden und hiermit Ansätze für eine „vergleichende Holocaustforschung“ für gegeben an. Harsche Kritik übt JF-Chefredakteur Dieter Stein an Verteidigungsminister Volker Rühe, der statt sich „ohne Stimmeln und Stottern vor ‘seine Jungs’“ zu stellen, aus der Bundeswehr einen „Haufen von Heulsusen“ machen wolle. Nicht zuletzt hätten in Rühes Amtszeit „reihenweise Kasernen ihre Namen verloren, die sie nach international verehrten, großartigen Soldaten der Wehrmacht“ erhalten hätten (51/97). Pankraz (alias Günter Zehm) befürchtet denn auch, daß „durch die PC-gemäß modernisierten Rüheschen Abfangjägerien“ das überwiegend national denkende mittlere Offizierskorps ausgeschaltet werden solle. Heinrich Lummer, Noch-Bundestagsabgeordneter der Union und regelmäßiger JF-Autor, befaßt sich in seinem Leitartikel mit der beliebten Rolle Deutschlands als Zahlmeister Europas. (51/97). Das Bundeswehrthema ist Schwerpunkt auch der nächsten JF-Ausgabe. Generalmajor a.D. Gerd-H. Komossa, Ex-MAD-Chef, sieht den Skandal um den Auftritt des Neonazis Manfred Roeder vor der Hamburger Führungsakademie als wie gerufen an. Die Welle der Sympathie, die der Bundeswehr etwa nach ihrem Oder-Einsatz entgegenschlug, sei „für viele in unserem Land unangenehm“. Der rechtsextremistische Wanderprediger Alfred Mechttersheimer, auch er einst als Oberstleutnant in den Diensten der Armee, weiß zu erklären, daß Soldaten allergisch reagierten bei Verzicht auf nationale Identität und besonders empfindlich seien „gegenüber der Kultivierung deutscher Schuld“. Das Nationale räche sich bitter, wenn ihm nicht der gebührende Platz eingeräumt würde (52-1/98). Rüdiger Proske, Verfasser zweier in rechtsextremen Kreisen kursierenden Machwerke, lamentiert im JF-Interview über den linken Zeitgeist in den Medien, geprägt von den 68ern. Der Bericht über die Kappel-Neugründung „Offensive für Deutschland“ (vgl. S.7) läßt durchklingen, daß man sich doch mit den REP verhandeln möge. Empörung schließlich, daß die „Ober-Vergangenheitsbewältiger“ nun auch noch Entschädigungsleistungen für NS-Zwangsarbeit forderten, bald würden „in der Entschädigungsfrage alle Dämme“ brechen (52-1/98).

Tagebuch

Inland

Augsburg - Bei dem Herausgeber der Internet-Publikation „Der Aufbruch“ hat auf Veranlassung des Amtsgerichts Augsburg eine Hausdurchsuchung stattgefunden. In dem Durchsuchungsbefehl heißt es u.a., daß man über die homepage von „Ernst Ellert“ (angeblich ein Pseudonym) zu einer Graphikdatei gelange, „die eine Reihe von unter § 86 a StGB fallende Kennzeichen >Hakenkreuze, SS-Runen u.a.< enthalte“, die jederzeit abgerufen und ausgedruckt werden können. Der „Aufbruch“ befindet sich seit Februar 1996 im Internet. Betreiber sind Aktivisten und Anhänger der NPD und der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Der Redaktionsgemeinschaft gehören Konrad Weber, Dietmar Köhler und „Ellert“ an. Ellert ist nach Angaben der „Hilforganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) seit über zehn Jahren in neonazistischen Gruppierungen aktiv.

Berlin - Im Berliner Bezirk Lichtenberg hat das Cafe „Germania“ seinen Betrieb aufgenommen: „Gern gesehene Gäste sind Nationale und Patrioten unterschiedlicher Couleur“ meint dazu das Thule-Netz. Cafe „Germania“ liegt in der Normannenstraße in der Nähe des Rathauses Lichtenberg. Schon jetzt, so das Thule-Netz, „freut sich der Wirt, möglichst viele nationale Menschen als Gäste begrüßen zu können“.

Berlin - Nach der Auflösung des neonazistischen Vereins „Die Nationalen“ (nach eigenen Angaben etwa Mitglieder) unter Vorsitz von Frank Schwerdt „sucht die nationale Opposition nach neuen Formen der politischen Betätigung“ - dies meldet die homepage der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ). Während Schwerdt zur NPD übergetreten ist und den Aufbau eines eigenständigen NPD-Landesverbandes in Brandenburg anstrebt, setzt die Mehrheit der ehemaligen „Nationalen“ auf „informelle Strukturen“ innerhalb von „freien Kameradschaften“.

Berlin - Wegen eines mutmaßlich geplanten Strengstoffanschlages auf den Treptower PDS-Geschäftsführer hat die Polizei zwei Mitglieder der neonazistischen „Kameradschaft Treptow“, die rund 30 Mitglieder in ihren Reihen hat, festgenommen.

Bonn/Berlin - Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Vorfälle ist 1997 im Vergleich zum Vor-

jahr erheblich angestiegen. Die Wehrbeauftragte des Bundes, Claire Marienfeld, sprach gegenüber dem „Berliner Tagesspiegel“ von 171 „besonderen Vorkommnissen“ aus dem rechtsextremistischen Bereich, darunter 14 Gewaltdelikte. Insgesamt 222 Soldaten würden verdächtigt, an den Vorfällen beteiligt gewesen zu sein.

Erlangen - Die „Erlanger Burschenschaft Frankonia“, die nach Eigenangaben „zur Pflichtmensur als wichtigem Mittel burschenschaftlicher Erziehung“ steht und auf eine „über hundertjährige Tradition“ zurückblickt, präsentiert im Internet stolz ihre Referentenliste. Demnach standen bei Semesterprogrammen der ultrarechten Burschenschafter u.a. Rede und Antwort: Heiner Kappel (Ex-FDP, MdL), die neurechten Theoretiker Pierre Krebs und Reinhold Oberlercher, Bernd-Thomas Ramb („Junge Freiheit“), Andreas Trammer („Ring Freiheitlicher Studenten“) und Knut Wissenbach („Tradition und Leben“).

Frankfurt/Oder - Der unregelmäßig erscheinende „Nationale Beobachter“, die „Zeitschrift des nationalen Widerstandes“ (Auflage: 500 Exemplare), für die der Neonazi Danny Sowade (Frankfurt/Oder) presserechtlich verantwortlich zeichnet, solidarisiert sich in zunehmender Weise mit der südafrikanischen Terrororganisation „Afrikanische Widerstandsbewegung“ (AWB). So wurden in jüngster Zeit zahlreiche Artikel über den AWB, die in dem AWB-Sympathisantenblatt „Nationale Nachrichten“ im baden-württembergischen Pfinztal erstveröffentlicht waren, nachgedruckt. Darunter auch ein Beitrag über den südafrikanischen Rechtsterroristen Wilhelm Ratte, einem gebürtigen Deutschen.

Gera (Thüringen) - Der Leserkreis der „Neuen Thüringer Zeitung“, die zum „nationalen Medienverband“ um die „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) zählt, hat unter dem Motto „Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft“ ein zweitägiges Seminar über den Nationalsozialismus veranstaltet. Anwesend sollen ca. 30 Neonazis gewesen sein.

Gotha (Thüringen) - Das „Nationale Infotelefon“ der NPD Thüringen (Gotha) meldete jüngst, daß dem ehemaligen REP-Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber die Ehrenmitgliedschaft der thüringischen NPD verliehen wurde. Danach fand die Verleihung bei einer NPD-Veranstaltung statt, wo Schönhuber als Redner auftrat. Unter den 100 Gästen sollen den Angaben zufolge „trotz Abgren-

zungsbeschluß auch viele Republikaner-Mitglieder“ gewesen sein.

Hamburg - Die revanchistische Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ hat eine Leserumfrage durchgeführt. Demnach liegt das Durchschnittsalter der Leser bei über 60 Jahren. Dies bereitet den Machern des Blattes große Sorgen, da das „Ostpreußenblatt“ kostenlos an Verbindungshäuser verschickt werde und auch bei studentischen Veranstaltungen ausliege. Dennoch sei die Leserschaft bei den 20-29jährigen mit 1,1 Prozent gewaltig unterrepräsentiert.

Heilbronn - Der 22jährige Lars Käßler, stellvertretender Landesvorsitzender und Geschäftsführer der JN in Baden-Württemberg, soll seinen Dienst bei der Bundeswehr nun doch nicht antreten. Ursprünglich hätte Käßler am 5. Januar in der Kurmainz-Kaserne Tauberbischofsheim mit seinem Wehrdienst beginnen sollen, ehe das zuständige Kreiswehrrersatzamt Heilbronn die Einberufung jüngst widerrief. Käßler will nun den Bescheid juristisch überprüfen und eventuell dagegen klagen. In einer Erklärung des JN-Bundespressesprechers Klaus Beier vom 9. Dezember wird auf weitere Funktionäre von NPD und JN bei der Bundeswehr verwiesen: Oliver Händel, JN-Bundesgeschäftsführer, Dresden, Alexander von Webenau, neugewählter Bundesvorsitzender des NHB, Augsburg, Matthias Paul, NPD-Landesvorstandsmitglied Sachsen, Thomas Eichler, JN-Funktionär, Riesa, Danny Marquardt, JN-Landesgeschäftsführer und NPD-Landesvorstandsmitglied Niedersachsen sowie Alexander Scheuplein, JN-Funktionär aus Franken seien eine „kleine Auswahl an politisch geschulten NPD/JN-Funktionären“ bei der Bundeswehr. Der JN-Funktionär Alexander Feyen wurde einem Bericht des ZDF zufolge wegen agitatorischer Tätigkeiten bei der Bundeswehr 1995 vorzeitig entlassen. Das gleiche Schicksal ereilte in den vergangenen Wochen neben Käßler auch weitere nationaldemokratische Funktionäre. Alexander von Webenau will dagegen juristisch vorgehen, anwaltlichen Beistand leistet ihm Hans-Günter Eisenecker aus Schwerin.

Kiel -Der „Freundeskreis“ der „Heimattreuen Jugend e.V.“ (Motto: Wir achten die Vergangenheit! Wir bewältigen die Gegenwart! Wir kämpfen für die Zukunft!), namentlich Heike Pohlan (Kiel), gibt bekannt, daß sich die bündische Jugend zum Jahreswechsel 1997/98 eine neue Fahne (drei Elemente: Flamme/Kreis, Farben) zugelegt hat.

Magdeburg/München - Die „Deutsche Volksunion“ des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey will zu den Landtagswahlen am 26. April d.J. in Sachsen-Anhalt kandidieren. In den Frey-Gazetten wird zu diesem Zweck schon seit geraumer Zeit die geneigte Leserschaft um Spenden für den Wahlkampf gebeten.

Stavenhagen (MeckPom) - Auf dem Bundespartitag der NPD am 10./11. Januar d.J., der zunächst konspirativ an einem Ort in Norddeutschland angekündigt war, wurde der amtierende NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt mit großer Mehrheit in seiner Funktion bestätigt. Gastreferent bei der NPD war auch der wegen seines Auftritts bei der Führungsakademie der Bundeswehr in die Schlagzeilen geratene Neonazi Manfred Roeder.

Stuttgart - Hinter dem Pseudonym „Roderik“ (Thule+Nordland-Netz) soll sich der Altnazi Lothar Zaulich (Stuttgart; 1926 geboren) verbergen. Zaulich, einschlägig wegen Verbreitung verfassungswidriger Propaganda verurteilt, war einst Presseferent von Kühnens „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA), 1984 kandidierte er auf der Liste der FAP in Stuttgart. Mitte der 80er Jahre amtierte Zaulich als Leiter eines sogenannten „Nationalen Nachrichten-Dienstes“. Zaulich, alias „Roderik“, soll auch enge Verbindung zu Thekla Kosche, Sysop des Nordland-Netzes unterhalten.

Stuttgart/Sinning/Passau - Der „Deutsche Stimme Verlag“, in dem das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (Auflage nach eigenen Angaben rund 50 000) erscheint, hat seinen Standort von Stuttgart ins oberbayerische Sinnig verlagert. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung soll dazu der Umbau eines in Sinnig gelegenen Wohnhauses in Büroräume vom dortigen Gemeinderat kurz vor Weihnachten genehmigt worden sein.

In großem Umfang mobilisiert die NPD derzeit für ihre Veranstaltung „Tag des nationalen Widerstandes“, die am 7. Februar in Passau stattfinden soll. Angekündigt als Redner sind der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der rechtsextremistische österreichische Publizist Herbert Schweiger und der sattsam bekannte Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Für das musikalische Programm sorgen Frank Renicke und Jörg Hähnel.

Wolfsburg - In einem mehrseitigen Grundsatzartikel fordert Georg Albert Bosse, Herausgeber und Verleger der Zweimonatsschrift „Recht und Wahr-



heit“ (Untertitel „Stimme des parteiunabhängigen freien Deutschen“) seine Leser auf, bei der kommenden Bundestagswahl nicht wählen zu gehen, da Stimmenenergebnisse nie „das politische Gesamtgeschehen“ verändern können. Hinzu komme, so Bosse, daß man von „sämtlichen Rechtsparteien“ seit 1945 nach Strich und Faden getäuscht und betrogen“ worden sei. Autor der aktuellen Ausgabe von „Recht und Wahrheit“ ist auch der vorzeitig aus der Haft entlassene Neonazi-Spitzenfunktionär Christian Worch.

Ausland

Dänemark (Hillerød) - In der aktuellen Ausgabe der Schrift „Blood & Honour“ (B&H; = Blut & Ehre) ist eine Erklärung der Berliner Neonazi-Rocker „Vandalen“ veröffentlicht. Demnach gehörte der Polistenmörder Kay Diesner - entgegen zahlreicher Presseartikel - „zu keiner Zeit“ den „Vandalen“ an. Ebenso soll der abgehalfterte Rechtsextremist Arnulf Priem „nie Mitglied“ der „Vandalen“ gewesen sein. Zu beziehen ist B&H, „ein Rundbrief an Freunde und Bekannte“, über eine einschlägig bekannte Postfachadresse des Neonazis Marcel Schilf im dänischen Hillerød.

Frankreich (Paris) - Jean Marie Le Pen, der Vorsitzende des Front National mußte sich erneut wegen Verharmlosung des Holocaust vor Gericht verantworten. Das Landgericht Nanterres bei Paris verurteilte den Rechtsextremisten zu einer Geldstrafe von umgerechnet DM 90.000. Bei der Buchvorstellung seines Gesinnungsbruders Franz Schönhuber am 5.12. in München hatte Le Pen seine Aussage erneut wiederholt, die Gaskammern der Nazis seien lediglich ein „Detail der Geschichte des Zweiten Weltkriegs“. Diese Behauptung stellte der unbelehrbare Rechtsextremist damit mindestens zum dritten Mal öffentlich auf: Im Januar 1991 war Le Pen eben wegen dieser Äußerung von einem Berufungsverfahren zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. Im Frühjahr vergangenen Jahres hatte Le Pen gegenüber der US-Zeitung „New Yorker“

Adresse:

diesen Satz erneut ausgesprochen und für öffentlichen Wirbel gesorgt. Die Pariser Staatsanwalt hat jetzt zudem eine Untersuchung für ein Strafverfahren gegen Le Pen wegen Bestreitens von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ eingeleitet.

Österreich (Salzburg) - Hausdurchsuchungen bei 14 Rechtsextremisten in Salzburg, Oberösterreich und Wien im Auftrag des Landgerichts Salzburg brachten u.a. einschlägige Druckschriften, Disketten, Filmmaterial, zahlreiche Adressenlisten und Patronen zutage, was beschlagnahmt wurde. Unter den durchsuchten Personen befanden sich auch die bekannten Neonazis Karl Polacek und Günther Rheintaler. Die Hausdurchsuchungen seien, so die österreichische Tageszeitung „Der Standard“, im Zuge eines beim Landgericht Salzburg anhängigen Verfahrens wegen Verstoßes nach dem Verbotsgesetz veranlaßt worden.

Tschechien (Prag) - Der Vorsitzende der rechtsextremen tschechischen „Republikaner“, Miroslav Sládek, wurde am 6. Januar verhaftet, weil er fünf gerichtliche Vorladungen wegen eines gegen ihn anhängigen Strafverfahrens mißachtet hatte. Im Frühjahr vergangenen Jahres war vom Kreisgericht Prag gegen Sládek Klage wegen Verdachts der Volksverhetzung eingereicht worden. Der tschechische Rechtsextremist hatte am 21. Januar bei einer Demonstration gegen die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung bedauert, daß „im Krieg zuwenig Deutsche gestorben seien“. Das Prager Parlament entzog daraufhin im vergangenen Februar Sládek die Immunität als Abgeordneter und machte damit den Weg für eine Strafverfolgung frei.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 255 94-100, Fax 255 94-190

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz und Gestaltung:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH;
Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg
Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten